

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120408
Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 0886846 ppbn d



Inhalt

Erwin Horn MdB, Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, führt den Nachweis, daß eine deensive konventionelle Verteidigung die Neutronenwaffe überflüssig macht: Atomare Gefechtsfeldwaffen nicht einseitig bewerten.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB fordert die Beibehaltung des Verbots für 2,4,5-T: Das Bundesgesundheitsamt hat falsch entschieden.

Seite 6

Klaus Immer MdB setzt sich für eine Neuorientierung der Raumordnung ein: Die Bundesregierung sollte in ihrem Bericht neue Akzente setzen.

Seite 7

Nils Diederich MdB glosiert das Verkaufsgebot von "Who is who?": Für 500 DM prominent.

Seite 9

37. Jahrgang / 170 / 8. September 1982

Atomare Gefechtsfeldwaffen nicht einseitig bewerten

Deensive konventionelle Verteidigung macht die Neutronenwaffe überflüssig

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Die Diskussion über die Produktion und Stationierung der Neutronenwaffe wurde bisher ausschließlich mit politischen oder moralischen Argumenten geführt. Dies ist auch verständlich, da die Neutronenwaffe zwar theoretisch auf dem Gefechtsfeld leichter einsetzbar wäre, aber als atomare Waffe die konventionelle Schwelle durchbrechen würde. Sie ist somit als "politische" Waffe von der Abschreckungsfunktion bis zu einem möglichen Einsatz mit all diesen Kriterien versehen.

Bisher wagte sich nur Herbert Sooville an die Beantwortung der konkreten Fragen nach militärischen Auswirkungen und Folgen eines Einsatzes dieser Waffe im Gefechtsfeld unter dem Aspekt der "irrationalen Kampfmoral" durch den Einsatz von Neutronenwaffen zum "Tode verurteilter" gegnerischer Soldaten.

Die Entscheidung der Reagan-Administration über Produktion und vorläufige Lagerung von Neutronenwaffen in den USA macht viele Europäer und besonders Westdeutsche besorgt. Zwei Axiome der offiziellen NATO-Doktrin werden in zunehmendem Maße von jungen Menschen in Westeuropa nicht mehr fraglos hingenommen:

- Allein die Existenz von Atomwaffen in Europa bewahrte uns bisher vor einem Krieg.
- Die atomare Abschreckung funktioniert seit nunmehr 35 Jahren; eine sichtbare Garantie, daß sie auch in absehbarer Zukunft den Frieden in Europa bewahrt.

Deshalb ist es dringend notwendig, neue Möglichkeiten zu durchdenken und Alternativen zu entwickeln, die zu politischen Vorgaben im Sinne einer verstärkt defensiven konventionellen Verteidigung führen.



Die stärkste Bedrohung auf dem Gefechtsfeld geht von angreifenden, hochmobilen und gepanzerten Verbänden aus. Um die Chancen des Verteidigers gegenüber einem materiell und personell stark überlegenen Gegner wesentlich zu verbessern, ist die Abwehr so früh wie möglich bereits in der Tiefe des Raumes einzuleiten.

Zur Bekämpfung gepanzelter Fahrzeuge sind alle Gefechtsköpfe geeignet,

- die Panzerungen durchdringen können oder
- die Kampffahrzeuge und deren Besatzung durch die Waffeneinwirkung zur Aufgabe der Mission zwingen.

Diese Wirkungen können durch konventionelle und nukleare Gefechtsköpfe erzielt werden.

Konventionelle Gefechtsköpfe zeichnen sich durch eine örtlich begrenzte Wirkung aus. Wirkungen werden dadurch erzeugt, daß über eine Detonation von Sprengstoff oder die hohe kinetische Energie bei Hohlladungen und Wuchtgeschossen Kampffahrzeuge gezielt vernichtet werden.

Die nuklearen Waffen wirken lückenlos flächendeckend. Drei Effekte kommen dabei zum Tragen:

- Druck,
- Temperatur,
- hochenergetische Strahlungen, die Panzerungen durchdringen.

Zwei Prinzipien der nuklearen Waffen werden unterschieden:

- Kernspaltungswaffen (Fission)
- Kernfusionswaffen (Neutronenwaffe).

Mit der Neutronenwaffe werden erheblich größere Anteile an Strahlung (Neutronen) erzeugt als durch die Kernspaltung. Betrachtet man nur den Strahlungsanteil, so sind mit einer relativ kleinen 1 kt Neutronenwaffe die Leistungen eines 10 kt Fissionsgefechtsskopfes zu erreichen.

Dabei wird der Bereich der Material-Zerstörung allerdings erheblich eingeschränkt (Zerstörung von Kampfpanzern und Panzerartillerie in einer kreisförmigen Fläche mit dem Verhältnis der Radien (in m) von circa 150/350).

Über diese Bereiche hinaus werden Wirkungen durch die hochenergetischen Strahlungen hervorgerufen. Besatzungen ungeschützter Kampffahrzeuge werden durch die Neutronen-Strahlung innerhalb eines kreisförmigen Bereiches mit circa 700 Meter Radius in wenigen Minuten kampfunfähig, ohne daß die Kampffahrzeuge wesentlich beschädigt werden müssen, wie in verschiedenen Publikationen in der letzten Zeit veröffentlicht wurde.

Die Wirkung der hochenergetischen Strahlung kann aber durch seit langem bekannte Schutzmaßnahmen gemindert und abgebaut werden. So ist es denkbar, die Fahrzeuge durch äußere Schutzhauben oder integrierte Schutzschichten aus wasserstoffreichen Materialien (Paraffine, Wasser, Kunststoffen und so weiter) zu schützen. Der eigentliche Wirkungsbereich der Neutronenwaffe wird dann im wesentlichen auf den Bereich der mechanischen Zerstörung beschränkt. In der Tiefe des Raumes sollen nicht Einzelziele, sondern Verbände und verlegbare Stellungen (Feuerstellungen, Befehlsstellungen, Versorgungspunkte und so weiter) aufgeklärt und bekämpft werden. Die Formationen und die Zielkonzentrationen können dabei je nach Bedrohung durch den Verteidiger, dem Abstand von der eigentlichen Kampfzone und den Geländegegebenheiten wechseln.

In der Tiefe des Raumes ist die Dichte der Ziele gering und orientiert sich am einfachsten zu befahrenden Gelände beziehungsweise an der vorhandenen Infrastruktur.

Erst in der eigentlichen Kampfzone, wenige Kilometer (fünf bis zehn Kilometer) vor den Verteidigerstellungen werden die Zieldichten größer und die möglichen Marschgeschwindigkeiten geringer. Die Kampffahrzeuge orientieren sich in die Breite und nehmen ihre Gefechtsposition ein. Hinsichtlich der Aufklärung ist es verständlich, daß die höchsten Anforderungen durch die bewegten Ziele gestellt werden, die in der Tiefe des Raumes operieren. Je größer die aufzuklärenden Bereiche und Entfernungen sind, desto schwieriger sind



- die Zielerkennung,
- die Zielvermessung und
- die Ermittlung von Prognosen zu Zielgeschwindigkeiten und Bewegungsrichtungen.

Bei größeren Reaktionszeiten

- Auswertung der Zielmeldungen,
- Entscheidung über die Bekämpfung,
- Berechnung des Feuerkommandos.

und großen Flugzeiten der Wirkungsträger werden Änderungen des Bewegungsverhaltens des Zieles wahrscheinlicher. So ergeben sich zum Beispiel für Systeme wie Lance I bei Reichweiten von hundert Kilometern, bei einer schon optimistischen Reaktionszeit von lediglich circa 300 s und Flugzeiten von circa 150 s folgende Ablagen durch eine fehlerhafte Prognose für die Zielgeschwindigkeit:

Differenzen zur wahren Zielgeschwindigkeit	(km/h)	5	20	40
Ablage vom Ziel	(m)	625	2.500	5.000

Die bei der Bekämpfung bewegter Ziele durch

- die Reaktions- und
- die Flugzeiten

hervorgerufenen Ablagen können nicht durch die lückenlos flächendeckende Wirkung der Neutronenwaffe ausgeglichen werden. Deshalb müssen auch die Trägersysteme für die Neutronenwaffe zur wirkungsvollen Bekämpfung durch Sensoren und Lenkmechanismen (Intelligente Systeme) in die Lage versetzt werden,

- die Ablagen selbsttätig (autonom) auszugleichen und
- den günstigsten Wirkungspunkt, bezogen auf das Ziel, zu suchen.

Ist es generell notwendig, intelligente Systeme mit hoher Schußpräzision einzusetzen, dann kann der Neutronengefechtkopf auch durch konventionelle, punktuell wirkende Submunition ersetzt werden.

Bei einer üblichen Kolonnenformation bestehen zwischen den Fahrzeugen Abstände von 50 Metern bis 150 Metern. Setzt man voraus, daß sich der Verband wie vorherberechnet bewegt beziehungsweise die Ablagen durch ein intelligentes System ausgeglichen werden, so kann von einer günstigen Trefferlage, bezogen auf den Verband, ausgegangen werden.

Die Neutronenwaffe (1 kt) zerstört die gepanzerten Fahrzeuge innerhalb eines Kreises mit dem Radius von circa 150 Meter. Es werden nur zwei bis drei gepanzerte Fahrzeuge nachhaltig zerstört. Außerhalb dieses Bereiches können die Besatzungen mindestens längere Zeit überleben, wenn entsprechende Strahlenschutzmaßnahmen getroffen wurden. Dieser Aspekt wurde eingehend von Herbert Scoville in der "International Herald Tribune" dargestellt.

Die Bekämpfung mit gelenkten, autonomen Subeinheiten, die zum Beispiel aus einer Träger Rakete ausgestoßen werden (MLRS Phase III), ist dann wirkungsvoller. Auf der Flugbahn, in mehreren Kilometern Höhe, werden die Flugkörper "systematisch" ausgestoßen und können aufgrund des Such- und Lenksystems Einzelziele innerhalb eines bestimmten Bereiches treffen und vernichten. Es ist zu erwarten, daß mit einer Rakete mit sechs gelenkten Subeinheiten mindestens zwei bis drei Kampffahrzeuge zerstört werden. Die Anzahl der eingesetzten Raketen wird durch die Formation und Anzahl der Fahrzeuge bestimmt. Das Umfeld der getroffenen Ziele wird - wie bei allen konventionellen Systemen - nicht wesentlich belastet.

Eine größere Zieldichte besteht während des Angriffes und der Vorbereitungszeit zum Aufbau der Formation (zwei bis sechs Kilometer vom vorderen Rand der Verteidigung). Auf dem Gefechtsfeld befinden sich Fahrzeuge mit unterschiedlichen Aufgaben, die unterschiedlich ausgerüstet und gepanzert sind.

Der vereinzelte Einsatz der Neutronenwaffe wird nur in einem sehr kleinen Bereich zur mechanischen Zerstörung des Gerätes und zum sofortigen Ausfall der Besatzung führen. Wur-

den vom Angreifer Strahlenschutzvorkehrungen getroffen, so nimmt man darüber hinaus die Wirkung der Strahlung mit dem Abstand zum Detonationspunkt stark ab, daß die verbleibende Strahlungswirkung erst nach geraumer Zeit zu Personalausfällen führt. Je näher der Gegner den eigenen Stellungen ist, desto wichtiger ist die schnelle und sofortige Zerstörung. Eine zusätzliche, starke Panzerabwehr muß also für den Nahbereich vorhanden sein, wenn das Gebiet wirksam verteidigt werden soll. In diesem Fall ist die Gefahr der Strahlenbelastung eigener Verbände besonders groß.

Der gut überschaubare Nahbereich ist das "klassische" Einsatzgebiet der konventionellen Waffensysteme, der - Rohr Waffen (Artillerie, Panzerkanonen, Mörser), - Raketenwerfer (LAT, MLRS), - Panzerabwehrfluggeschosse.

Die Wirkungsmöglichkeiten durch einen Raketenwerfer (zum Beispiel MLRS Phase III) mit gelenkter Submunition bei einer Zwölf-Schuß-Salve sind beachtlich. Es ist damit zu rechnen, daß ein bemerkenswert großer Anteil an gegnerischen Fahrzeugen bereits durch eine Salve ausfällt.

Neben den intelligenten Systemen - gelenkte Geschosse und - gelenkte Submunition können im Nahbereich wirkungsvoll - Streumunition

- o Minen,
- o Bomblets,
- o Untereinheiten, die Wirkungsträger hoher kinetischer Energie ausstoßen,

die mit den verschiedensten Trägersystemen zum Einsatz gebracht werden, den Angreifer stören und vernichten. Sobald der direkte Sichtkontakt besteht, kommen die - Panzerkanonen und - Panzerabwehrfluggeschosse zum Einsatz, um den geschwächten Angreifer endgültig aufzuhalten.

Die konventionellen Waffensysteme sind prinzipiell geeignet, über den gesamten Entfernungsbereich gepanzerte Verbände zu bekämpfen. Es ist sogar grundsätzlich möglich, den Abschreckungseffekt, der mit der Neutronenwaffe erzielt wird, bei vergleichbarem Gesamtaufwand auch mit konventionellen Waffen zu erreichen. Bei Anwendung modernster Technologien können die hochwirksamen konventionellen Systeme ohne die Risiken der - unkalkulierbaren Eskalation und der - erheblichen Nebenwirkungen für die eigene Truppe und die Zivilbevölkerung eingesetzt werden.

Insgesamt werden auf dem aussichtsreichen konventionellen Sektor noch zu wenige Forschungen und Entwicklungen durchgeführt.

Zur Bekämpfung mobiler Verbände müssen Aufklärungsmittel vorhanden sein, die eine sehr kurze Reaktionszeit ermöglichen. Wesentliche Zeiteinsparungen können erzielt werden, wenn die Aufklärung dezentralisiert wird.

Soweit die militärische Führbarkeit es zuläßt, kann einer bestimmten Anzahl von Geschützen beziehungsweise Wernern die Überwachung eines vorher definierten Gebietes übertragen werden. In der Tiefe des Raumes können neben den üblichen Aufklärungsmitteln zum Beispiel akustische Meßsonden oder Fernsehsonden, die an Ballons befestigt sind, die Ist-Zeit-Überwachung wesentlich verbessern.

Die Reaktionszeiten können bei einer Dezentralisierung von circa fünf Minuten bis auf circa 30 Sekunden abgesenkt werden, was zu wesentlichen Verbesserungen bei den Treffergebnissen führt.

Die bei bewegten Zielen möglichen, beträchtlichen Ablagen im Zielgebiet (vergleiche Lance), können durch folgende Maßnahmen ausgeglichen werden:

- o bei großer Schußweite - Lenkung der Trägergeschosse auf der Flugbahn unter Berücksichtigung aktueller Aufklärungsdaten - autonome Lenkung (Suchköpfe) für Untergeschosse (MLRS III),
- o bei mittleren und kleineren Schußweiten 15 Kilometer: - Einsatz gelenkter Munition, - Einsatz von Streumunition
- Untereinheiten, die Wirkungsträger hoher kinetischer Energie ausstoßen; mit und ohne Suchsystem,
- aktive Untereinheiten (Bomblet, Hohlladungen),
- passive Untereinheiten (Minen).



Bei einem Treffen müssen auch ausreichende Wirkungen hervorgerufen werden. Speziell die Leistung in kleineren Kalibern (wie sie für Streumunition zum Einsatz kommen) muß durch neue und verbesserte Gefechtsköpfe gesteigert werden, damit neben der Bekämpfung leichter gepanzelter Ziele auch die schwereren Panzerungen ermöglicht werden. Insgesamt sind hier Forschungsarbeiten notwendig, um auch zukünftigen Bedrohungen sicher begegnen zu können.

Bisher wurde das Schwergewicht in Entwicklung und Produktion zu sehr auf kostspielige Großsysteme gelegt. Viele Waffensysteme haben einen Entwicklungsstand erreicht, bei dem minimale Verbesserungen in der nächsten Generation maximale Kostenerhöhungen zur Folge haben. Von der Handhabung durch die Soldaten und der Überforderung in der Ausbildung und in der Wartung ganz zu schweigen.

Zu Recht stimmte der frühere Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Schnell, meiner Aufforderung im Verteidigungsausschuß zu, die künftige Schwerpunktbildung auf den Munitionsbereich zu verlegen, da hier große Entwicklungsmöglichkeiten unter günstigen Kostenbedingungen bestehen.

Außer den politischen Einwänden ist es an der Zeit, daß die einseitige Bewertung der atomaren Gefechtsfeldwaffen als die entscheidenden Abschreckungs- und damit Kriegsverhinderungssysteme einer kritischen Betrachtung über die militärischen Bedingungen und Wirkungsweisen Platz macht.

Neutronenwaffen müssen, wenn sie einen militärischen Sinn haben sollen, vorn gelagert sein und frühzeitig eingesetzt werden. Daraus resultiert der ständige Ruf aus amerikanischen Militärkreisen, die Freigabe des möglichen Einsatzbefehls an die Generale auf Divisionsebene zu delegieren. Diesen Forderungen haben sich inzwischen auch amerikanische Politiker angeschlossen. Das ist militärisch logisch begründbar; aber es wäre politisch gefährlich, wenn der Einsatz von Atomwaffen der unmittelbaren politischen Bestimmung und Verantwortung entgleiten würde.

Neutronenwaffen im Gefechtsfeld gefährden durch ihre geringe Reichweite die eigenen Truppen und die eigene Bevölkerung.

Die nüchterne Erkenntnis über Gefahren und Problematik der Neutronenwaffe höhlt die Verteidigungsbereitschaft nicht aus. Ihre Glaubwürdigkeit wird jedoch bestärkt, wenn notwendige konventionelle Alternativen zur Neutronenwaffe erarbeitet und in den politischen Entscheidungsprozeß eingeleitet werden. (-/8.9.1982/vo-he/ca)

+

+

+



2,4,5-T muß weiter verboten bleiben

Das Bundesgesundheitsamt hat falsch entschieden

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Umweltpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Im Juli 1981 hat das Bundesgesundheitsamt aufgrund vorliegender Untersuchungsergebnisse und einer umfangreichen Anhörung sein Einvernehmen mit der Zulassung des Pflanzenbehandlungsmittels 2,4,5-T zurückgezogen. Wesentliche Begründung für die Zurückziehung war, daß die von 2,4,5-T ausgehenden gesundheitlichen Gefahren als nicht länger vertretbar betrachtet wurden.

Der Wirkstoff 2,4,5-T, der in geringen Mengen das Seveso-Gift TCDD enthält, kann mutagene (erbgutschädigende) und teratogene (Mißbildungen hervorrufende) Auswirkungen haben; außerdem besteht der Verdacht, daß das Herbizid krebserregend ist. In Italien, den Niederlanden und Dänemark wurde es aus diesen Gründen schon vor einigen Jahren verboten.

Nunmehr hat das Bundesgesundheitsamt eine Wiedenzulassung für weitere drei Jahre verfügt, mit der Auflage, daß der TCDD-Gehalt um die Hälfte gesenkt wird.

Die Arbeitsgruppe "Inneres" der SPD-Bundestagsfraktion spricht sich energisch gegen die erneute Zulassung von 2,4,5-T aus, umso mehr, als das Bundesgesundheitsamt selbst die mit dem Wirkstoff verbundenen Gesundheitsrisiken als "unumstritten" bezeichnet und keinerlei neue Fakten vorliegen, die eine Weiterverwendung rechtfertigen würde. Im Gegenteil: Mit der Neuzulassung würde die Beweislast in unverträglicher Weise umgedreht: Anstatt den Hersteller zu verpflichten, die Unschädlichkeit der Chemikalie nachzuweisen, müssen die potentiell Betroffenen (Arbeiter im Produktionsprozeß, Anwender und unbeteiligte Dritte) erst die Gefahren der Schädigung in Kauf nehmen und überdies noch den Nachweis führen, daß die Ursache in dem genannten Wirkstoff liegt.

Die Arbeitsgruppe hält die Entscheidung vom Juli 1981 über den Widerruf der Genehmigung weiterhin für richtig und erwartet seine Wiederherstellung, damit das Anwendungsverbot, wie vorgesehen, ab 31. Oktober 1982 in Kraft treten kann.

Außerdem hält sie das von der Bundesbehörde gewählte Vorgehen nicht für akzeptabel, eine so folgenschwere Entscheidung während der Ferienzeit ohne jede öffentliche Diskussion und ohne Unterrichtung des Parlaments zu treffen.

Die Sozialdemokraten haben deshalb heute im Innenausschuß eine unverzügliche Berichterstattung und die Offenlegung aller Entscheidungsgrundlagen gefordert.

(-/B.9.1982/ks/ca)

+ + +



Neuorientierung der Raumordnung

Die Bundesregierung sollte in ihrem Bericht neue Akzente setzen

Von Klaus Immer MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Wenn in diesem Jahr wiederum, nach dem Willen des Deutschen Bundestages, ein Raumordnungsbericht vorgelegt wird, dann wird sicherlich die Bilanz mager ausfallen. Trotz eines verhältnismäßig großen Mitteleinsatzes von Bund, Ländern und Gemeinden in den vielfältigen Programmen und Maßnahmen macht sich die mangelnde Finanzdecke schmerzlich bemerkbar. Noch so verlockende Vergünstigungen für Investoren haben die Investitionsschwelle nicht überwinden können, die bei unzureichender Auslastung bestehender Kapazitäten infolge eines stagnierenden Absatzmarktes Neugründungen oder Erweiterungen verbieten. Im Gegenteil: Verkehrsferne Gebiete mußten infolge von Betriebsstillegungen und Rationalisierungsmaßnahmen wachsende Arbeitslosenzahlen in Kauf nehmen. Aber auch die Stahlkrise an Rhein, Ruhr und Saar mit ihren Folgewirkungen auf andere Wirtschaftszweige brachte das bewährte Konzept regionaler Wirtschaftsförderung ins Wanken. Das Konzept hatte vereinfacht dargestellt, folgendes Schema zur Voraussetzung: Ballungsräume und ihre Randzonen, verkehrsmäßig und mit öffentlichen beziehungsweise, privaten Dienstleistungen gut bestückt, können sich infolge ihrer hervorragenden Wirtschaftskraft gut behaupten; eine Entflechtung zugunsten der schwächer strukturierten Gebiete ist sogar erstrebenswert, um die Verdichtungsprobleme zu entschärfen. Demgegenüber wurden alle öffentlichen Mittel und Anreize in die schwächeren Gebiete und das Zonenrandgebiet geleitet, damit dort auf Dauer gleichwertige Lebensbedingungen geschaffen werden könnten.

Die Rechnung ging insofern auf, als mittlerweile die öffentliche Infrastruktur in peripheren Gebieten erheblich verbessert werden konnte. Dauerhafte private Investitionen blieben jedoch weitgehend aus, sodaß sogar noch die Folgekosten der verbesserten öffentlichen Einrichtungen als Bumerang zurückschlagen. Der Ehrgeiz mancher Bundesländer, das Netz der "Zentralen Orte" mit ihrer abgestuften Ausstattung und damit ihren Ansprüchen möglichst engmaschig zu knüpfen, hat die heutige Situation noch verschärft. Wer jedoch schon Anfang der 70er Jahre vor dieser Entwicklung und ihren Ansprüchen warnte, wurde verlacht oder als Zerstörer des ländlichen Raumes gebrandmarkt. Dabei hätte eine vernünftige Konzentration beziehungsweise die Festlegung einer geringeren Anzahl von Schwerpunkorten ein Überangebot öffentlicher Dienstleistungen vermeiden und die Folgekosten in einem bezahlbaren Rahmen halten können. Die Finanzdecke wird besonders in den ländlichen Gebieten dünner werden, weil die Abwanderung der Menschen in die Ballungsrundzonen kaum aufzuhalten ist. Bessere Bildungsabschlüsse lassen den Mangel an qualifizierten Ausbildungsplätzen in diesen Räumen noch deutlicher sichtbar werden, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten in höher qualifizierten Arbeitsplätzen.

Von der Seite öffentlicher Strukturförderung her ist die Beibehaltung aller anerkannter förderungswürdiger Räume, die über 60 Prozent der Gesamtfläche des Bundesgebietes ausmachen, nicht durchzuhalten. Zumal dann nicht, wenn zunehmend auch Gebiete mit einer bisher als gesund betrachteten Wirtschaftsstruktur durchsacken (vgl. Stahlstandorte), wobei es dort nicht mehr "nur" um einige hunderte sondern gleich um tausende von Arbeitslosen geht. Es kann wohl, trotz allem Verständnis für die Probleme ländlicher beziehungsweise peripherer Räume, kein Zweifel daran gelassen werden, daß die Strukturveränderung in den klassischen Produktionsbereichen sozial abgesichert und von staatlichen Hilfen begleitet werden muß. Bei der Diskussion um Rangfolgen, um Schwerpunkte oder um Zumutbarkeiten darf man nicht Stadt und Land gegeneinander ausspielen.

Auf diesem Hintergrund sind die Bemühungen um eine Neuorientierung der Raumordnungspolitik zu sehen. Die Ansätze gehen bis in die sechziger Jahre zurück, als die Finanzierbarkeit erstmalig zur Debatte stand. Aber unabhängig davon ist aus den sachlichen Notwendigkeiten heraus diese Neuorientierung dringend geboten. Es geht dabei um folgendes:

1. Mut zur Konzentration beim Einsatz öffentlicher Mittel und bei der Bestimmung und Abgrenzung von Schwerpunkorten und Fördergebieten. Dabei muß insbesondere der Egoismus der Länder, aber auch der Kreise, Städte und Gemeinden überwunden werden. Die kleinkarierte Konkurrenz der Kreise untereinander muß einer großräumigeren Koopera-

tion Platz machen. Hierfür gibt es bereits gute Beispiele, wobei die Wirtschaftsförderungsgesellschaft "Emsland GmbH", die Gebiete von sechs Landkreisen einbezieht, nur ein Beispiel ist.

2. Der Verzicht auf ein zu eng gestricktes Netz zentraler Orte mit einem Maximal-Angebot von öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie qualitativ differenzierten Arbeitsplätzen setzt eine Koordinierung der Verkehrsplanung und die Schaffung von Verkehrs-Verbunden für den öffentlichen Personennahverkehr, gerade in der Fläche voraus. Dadurch können die zumutbaren Entfernungen verkürzt, das Angebot verbessert werden. Eine Beteiligung der Länder, Kreise und Gemeinden ist unverzichtbar. Das gilt auch für die Zuordnung, Planung und den Ausbau des Straßennetzes.
3. Die Verkehrsverbund-Systeme der Ballungsräume dürfen in ihrer Ausdehnung nicht auf die Ballungsrandzonen beschränkt bleiben, sondern müssen die ländlichen Ergänzungsräume so weit wie möglich einbeziehen, damit zum Beispiel unerwünschte Wanderungsbewegungen, die zu einer Entleerung strukturschwacher Gebiete und zu einer Überlastung der Ballungsräume führen, vermieden werden.
4. Bei optimaleren Verkehrsverhältnissen kann auf ein zu eng gestaltetes Netz zu groß ausgelegter Krankenhäuser verzichtet werden. Zumindest kann einer Übersetzung mit kaum oder wenig ausgelasteten Fachbereichen und ihren kaum noch bezahlbaren technischen Einrichtungen entgegengewirkt werden.
5. Der Wildwuchs baulicher und verkehrlicher Entwicklung in den Ballungsrandzonen muß durchforstet werden. Die Lückenbebauung muß Vorrang gegenüber der Ausweitung von Neubaugebieten haben. Das gilt allerdings auch für die Dörfer und Gemeinden im ländlichen Raum.
6. Im Bezug auf die Abwasserbeseitigung sollte die Maximalforderung, die sich bereits in den entsprechenden Plänen niederschlägt, überprüft werden, ob tatsächlich jedes Haus und jede Kleinsiedlung an ein Kanalnetz angeschlossen werden muß. Hier gibt es auch andere, preiswertere Lösungen mit geringen Folgekosten ohne höhere Umweltbelastung. Allerdings müßte bei solchen Entscheidungen auch das Wasserabgabengesetz zugunsten peripherer Ansiedlungen geändert werden.
7. Die weitere Ausdehnung und Ausstattung von Fremdenverkehrsgebieten muß mit großer Skepsis betrachtet werden. Auf keinen Fall ist Fremdenverkehr ein vollgültiger Ersatz für industriell-gewerbliche Arbeitsplätze. Die Auslastung der Fremdenverkehrsgebiete wird in der Prognose überschätzt. Die Beherbergungszahlen sind in den letzten Jahren trotz wachsender Freizeit bedrohlich rückläufig, besonders für die "Neuerscheinungen". Die Folgekosten für die Gemeinden sind erheblich gestiegen bei relativ sinkenden Steuer- und Gebühren-Einnahmen. Es sollten daher besonders für die klassischen Naherholungsräume im Bereich der Großstädte Mitfinanzierungsmodelle entwickelt werden.
8. Eine Neuorientierung der Raumordnungspolitik muß meines Erachtens auch zwei Gedanken aufgreifen, die seit längerer Zeit immer wieder diskutiert werden: 1. die Ausweitung von langfristig garantierten Vorzugsstandorten für eine intensive Landwirtschaft. 2. Die Ausweitung von ökologischen Vorzugsstandorten mit Auflagen für die Landwirtschaft bei gleichzeitiger Gewährung von "Intensitäts-Ausgleichs-Zahlungen" an die Bewirtschafter.

Eine Neuorientierung der Raumordnungspolitik umfaßt sicherlich viel mehr, als in einem Beitrag dargestellt werden kann. Aber schon der Versuch, bei den genannten Punkten ernsthaft zu beginnen, wird auf Widerstand stoßen. Das liegt in der Natur der Sache. Ein Schleifenlassen verschärft jedoch zunehmend die Situation der Betroffenen. Unerwünschte Wanderungsbewegungen, Verödung von Landschaften oder Verarmung der Regionen wären die Folgen. Die Politik des Bundes kann gemäß unserer Verfassung nur den Rahmen abstecken. Es wäre gut, wenn der neue Raumordnungsbericht der Bundesregierung Akzente für eine Neuorientierung setzen würde.

(-/8.9.1982/hl/rs)



Für 500 DM prominent

Das "Who is who?" und der Jahrmarkt der Eitelkeiten

Von Professor Dr. Nils Diederich MdB

"Wie der Spielleiter so vor dem Vorgang auf den Brettern sitzt und auf den Jahrmarkt hinabschaut, überkommt ihn beim Anblick all dieses Hin und Her ein Gefühl tiefer Melancholie... Ja, das ist der Jahrmarkt der Eitelkeit! Bestimmt gibt es hier eine Moral, auch keine wahre Fröhlichkeit, wenn auch viel Lärm. Man sehe sich nur die Gesichter der Schauspieler und Possenreißer an, wenn sie nach der Arbeit von der Bühne abtreten..."

William M. Thackeray, Vanity Fair. Ein Roman ohne Helden.

Wenn die Sommerzeit gekommen ist, wenn die Honoratioren der Lokal-, Landes- und Bundespolitik ihre Parlamentsferien auf Mallorca, in Sri Lanka oder in der Lüneburger Heide verbringen, dann plagt manchen Abgeordneten die Frage: Bin ich denn wirklich prominent? Er ist nicht mehr gefragt, niemand nimmt ihn als eine der wichtigen Persönlichkeiten der Bundespolitik zur Kenntnis.

Doch: Jeder ist seines Glückes Schmied, und ich möchte den Weg dazu in diesem exklusiven Informationsdienst beschreiben. Denn zur Prominenz gehört natürlich auch Herrschaftswissen, das nicht jedermann zugänglich ist. Der Beitrag wendet sich also an meine Kollegen Bundestagsabgeordneten, die ich bitte, das Folgende wirklich nur für sich zu verwenden und es nicht in alle Welt hinauszutragen, vor allem nicht in die sogenannten "Massenmedien".

Der Schlüssel zur wirklichen Prominenz also lag plötzlich auf meinem Schreibtisch, als ich gelangweilt die Drucksachen selber wegwarf, die sonst meine in Urlaub befindliche Mitarbeiterin aussortiert. Da bietet mir nämlich Geschäftsführer Joachim Schellmann von der IBP Intercontinental Book and Publishing in Deutschland GmbH an, mich in das große Buch der "Namenstexte der Prominenz aus Politik, Wirtschaft und Kultur" einzutragen, dem "Who is who?". Die Leute waren sogar fleißig, sie haben aus einem anderen Handbuch meinen Lebenslauf abgeschrieben (meinen Familiennamen allerdings falsch). Ich muß das Ganze nur unterschreiben und zurücksenden und schon bin ich im Hauptbuch der Prominenz. Das heißt, wenn ich dafür zahle. Denn, wie heißt es da? "Durch Rücksendung der bestätigten Textvorlage kommt ein kostenpflichtiger Auftrag zustande".

Prominent also ist man nicht, prominent wird man durch kostenpflichtige Annonce im Handbuch der Eitelkeit der IBP! Und ich muß schon ganz schön prominent sein, denn immerhin kommen aufgrund der Vorlage des Herrn Sch. satte 500 Mark zusammen. Ich kann meine Prominenz sogar steigern, indem ich weitere Zeilen kaufe, das Stück für 20 Mark.

Also, liebe Kollegen, laßt Euch hinter vorgehaltener Hand den Rat erteilen: Für runde 500 Mark, da werdet Ihr prominent, für 500 Mark kann man Euch in Zukunft an Spaniens oder Jugoslawiens Badestränden oder auch auf Sylt nicht mehr einfach mißachten, denn Ihr steht ja im "Who is who?", den selbstverständlich jeder Prominente für 230,--DM in seinem Bücherregal hat. Am besten gleich neben der Hausbar.

Und wenn Ihr die Zeilen zählt, sie mit 20 multipliziert und 13 Prozent Mehrwertsteuer draufschlägt, wißt Ihr obendrein, wieviel Geld Eure eitlen Kollegen zum Fenster rauszuwerfen bereit gewesen sind, um endlich prominent zu werden!

P.S.: Meine Söhne sind Spielverderber. Sie meinen, ich sollte auf Prominenz verzichten und lieber das Taschengeld kräftig erhöhen, da hätten sie mehr davon. (-/8.9.1982/hi/ca)

